

Bund spart bei Förderung des Zivildienstgeldes Lebenshilfe muss für 40 von 100 Zivildienner selber zahlen

Der Zivildienst ist ein Erfolgsmodell mit vielen positiven Auswirkungen in unserer Gesellschaft. Umso unbegreiflicher ist der massive Eingriff durch das Innenministerium in die laufende Zuteilungspraxis. Die Lebenshilfe Vorarlberg beschäftigt jährlich rund 100 Zivildienner und ist nun gezwungen, für 40 Zivildienner die Kosten für das Zivildienstgeld selbst zu übernehmen, da das Innenministerium defacto die Förderung dafür streicht.

Dieser überfallsartige Eingriff mitten im Jahr, in den jahrelang erfolgreich praktizierten Zuteilungsprozess, bedeutet eine zusätzliche Kostenbelastung für die Lebenshilfe Vorarlberg. Denn seit Jahren ist dem Innenministerium bekannt, dass der Großteil der Zivildienner bei der Lebenshilfe erst im September und Dezember zugeteilt wird.

Ohne Rücksicht wurde am 22. Juni, also mitten im Budgetjahr, von heute auf morgen die Regelung geändert. Für die Lebenshilfe Vorarlberg bedeutet dies, dass für 40 eingeplante Zivildienner die Förderung vom Bund gestrichen und auf die Schultern der Sozialorganisation verlagert wird.

„Wir brauchen die Zivildienner in der Begleitung von Menschen mit Behinderungen. Viele von ihnen entscheiden sich zudem nach ihrem Zivildienst für einen Sozialberuf. Alle Sozialorganisationen in ganz Österreich haben schon vor zehn Tagen, als sich die Einschränkungen abzeichneten, gemeinsam darauf hingewiesen und gewarnt. Nun ist es für uns leider deutlich schlimmer ausgefallen als erwartet. Von diesen Kürzungen ist nicht nur die soziale Arbeit betroffen. Es entsteht auch Verunsicherung unter den Zivildiennern und deren Familien. Gerade vor diesem Hintergrund ist es mir wichtig zu betonen: Zivildienner sollen und können sich weiterhin bei der Lebenshilfe Vorarlberg bewerben. Wir brauchen jeden Zivi und machen uns stark für sie, in dem wir auf solche Ungerechtigkeiten hinweisen“, versichert Michaela Wagner, Geschäftsführerin der Lebenshilfe Vorarlberg.